

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 56 (1973)
Heft: 2

Artikel: Ein freidenkerischer Haudegen
Autor: Morf, Max P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-412052>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

verei von Millionen unterstützen oder gar tatkräftig fördern. Man besuche nur einmal die Bidonvilles von Caracas, Rio, Sao Paulo, Bogotá, Lima usw., wie ich sie gesehen habe. Dazu ein selbst erlebtes treffendes Beispiel: Ich bitte einen Erzbischof Ecuadors, einem Franziskanermönch für sein Ambulatorium (für einen Bezirk von etwa 50 000 Seelen ohne ärztliche Versorgung) eine Kleinigkeit zu spenden. Er ist mehrfacher Millionär, hat aber nur eine Ausrede und gibt nichts, dafür ersucht er mich, ihm zu helfen, von seinem Geld einen guten Teil in die Schweiz zu schieben. Sollte Herr Professor Pfürtnner auf den Druck Roms tatsächlich sein Lehramt aufgeben müssen, so gibt es nur eins: In Massen aus der römisch-katholischen Kirche (ich bin Katholik) austreten. Es darf nicht so weit kommen, dass Rom seine mittelalterlichen Methoden wieder einführt und in so vielen eines Christen unwürdigen Dingen so wenig handelt. Warum wird in den oben zitierten Fällen Lateinamerikas von Rom aus so wenig getan?»

Die «Nationalzeitung» steht mit diesen Stellungnahmen keineswegs allein. So kommentiert «Die Tat» am 7. 12. 1972 unter dem Titel «Alles offen, nichts entschieden und der Skandal bleibt»:

«Eines steht fest: Die umstrittenen Thesen Pfürtners zur Sexualmoral bilden längst nicht mehr den Mittelpunkt der Affäre, sondern der seltsame (und bereits von Nationalrat Walter König [LdU], Zürich, im Nationalrat angeprangerte) Vertrag zwischen der Universität Freiburg, beziehungsweise deren Träger, dem Kanton und dem Dominikanerorden, wobei auch noch die schweizerische katholische Kirche durch finanzielle Unterstützung der theologischen Fakultät zwar ein Wörtchen mitreden zu können glaubt, sich aber noch so gern von der Rolle des Züngleins an der Waage im Fall Pfürtnner zurückziehen möchte und sich deshalb als nicht zuständig erklärt. Ebenso feststehend ist die Tatsache, dass ein freier Hochschulbetrieb unter solchen Verhältnissen unmöglich ist, und die kräftige Unterstützung Pfürtners durch die Studentenschaft ist auch in dieser Beziehung nicht nur ein Zeichen für den weitverbreiteten Willen, den Moraltheologen weiterhin als Lehrer wirken zu lassen, sondern genau so ein Beweis für die untragbare Einmischung eines Ordens in den Hochschulbetrieb.»

Die Serie kritischer Pressestimmen

liesse sich ohne viel Mühe noch vermehren. Wir begnügen uns für heute mit den oben wiedergegebenen. Uns erstaunt die Haltung der Schweizerischen Bischofskonferenz nicht, wir haben von ihr nichts Besseres erwartet. Der Freiburger Staatsrat aber würde einen jeden demokratischen Staatsbürger zu leidenschaftlichem Protest herausfordern, wenn er dem Druck des Dominikanerordens und der vatikani-

schen Glaubenskongregation nachgegeben und Pfürtnner die Lehrtätigkeit unmöglich machen würde. Uns geht es hier nicht um die Person Pfürtners und seine Thesen, sondern um die Lehrfreiheit an schweizerischen Hochschulen, die, durch die Bundesverfassung gesichert, im Notfalle von Bundesrat, Bundesgericht und vom Schweizervolk selbst geschützt werden muss.

Walter Gyssling

Ein freidenkerischer Haudegen

«Bürger! Misstraut jenen, die behaupten, in einigen Stunden die Wirtschaftsfrage lösen zu können. Zur Bewältigung eines solchen Problems wird man nicht nur Monate oder Jahre brauchen; man wird vielleicht sogar mit Jahrhunderten rechnen müssen. Solche, die das Gegenteil behaupten, führen Euch nur irre.»

Diese prophetischen Worte wurden am 3. November 1880 von Blanqui ausgesprochen. Die wirtschaftlichen Probleme und Schwierigkeiten, denen heute alle Systeme — von den verschiedenen Formen des Kapitalismus bis zu den diversen Spielarten des Kommunismus — gegenüberstehen, bestätigten Blanquis Parolen. Wer war dieser Blanqui?

Louis Auguste Blanqui, geboren am 8. Februar 1805 in Puget-Théviers bei Nizza, darf man bestimmt als einen der unruhigsten Geister und militanteisten Politiker Frankreichs des 19. Jahrhunderts bezeichnen. In den meisten Lexika wird dieser revolutionäre Sozialkritiker und Atheist einfach als Kommunist und Geheimbündler, der über 30 Jahre in verschiedenen Gefängnissen verbracht hat, abgestempelt. Blanqui besuchte von 1818 bis 1824 das Institut Massin und das Collège Charlemagne und studierte Jurisprudenz sowie Medizin. Schon früh trat er den Carbonari (Köhler) bei, einer in Südalien entstandenen geheimen politischen Gesellschaft, die später auch auf Frankreich übergriff, um für die nationalen und liberalen Bestrebungen zu kämpfen. 1829 wurde er Mitarbeiter an der doktrinären Zeitung «Le Globe» und bald darauf Mitglied der «Société des Amis du Peuple» und der «Société des Familles». Seine Laufbahn als «Radikalinski» war somit bereits bestimmt. Am 12. Mai 1839 versuchte er mit fünf Gesinnungsgenossen, das Pariser Rathaus zu stürmen. Während der Revolu-

tion von 1848 forderte Blanqui als klar-schender Politiker die Vertagung der Wahlen, um dem Volk eine republikanische Bildung geben zu können. Im selben Jahr gründete er die «Société républicaine centrale» und 22 Jahre später die Vereinigung und die Zeitung «La Patrie en danger» (Das Vaterland in Gefahr). Am 17. März 1871, am Vorabend des Aufstandes der Pariser Communards (Pariser Kommune = revolutionäre Sonderregierung in der französischen Hauptstadt vom 18. März bis 29. Mai 1871), d. h. nach der Aufhebung der Belagerung von Paris durch die preussischen Truppen, wurde der inzwischen von der herrschenden Macht gefürchtete Blanqui einmal mehr hinter schwedische Gardinen verbracht und erst neun Jahre später wieder entlassen. Trotz seines Alters von 75 Jahren und den vielen Jahren im Gefängnis liess sich Blanqui nicht von seiner Einstellung abbringen und gründete mit einigen Gesinnungsfreunden die Zeitung «Ni Dieu ni Maître» (Weder Gott noch Herrscher). Am 1. Januar 1881 segnete dieser selbstlose, von seiner Auffassung überzeugte politische Haudegen und Sozialreformer in Paris das Zeitliche. Mehr als 100 000 Sozialisten und Freidenker nahmen am Trauerzug teil.

Was uns an Blanqui interessiert, ist nicht so sehr sein turbulenten Lebenslauf, sondern sein Gedankengut, das heute mehr denn je seine Gültigkeit hat. Das Freidenkertum hat diesem aussergewöhnlichen Mann viel zu verdanken. Die erste Wochenzeitung «La Libre Pensée» erschien 1866 unter der Leitung von General Eudes und Dr. Regnard, zwei seiner engsten Mitarbeiter. Ihr Einfluss war bei der revolutionären Jugend am grössten. Sie verfocht namentlich den Atheismus und den wissenschaftlichen Materialismus. Sie proklamierte in ihrer ersten Aus-

gabe vom 21. Oktober 1866: «Unser Ziel besteht darin, den menschlichen Geist von Hypothesen, Aberglauben und vernunftswidrigen Lehren zu befreien. Ein Urteil nur auf Grund von Beobachtung und Erfahrung zu bilden, sei unser Gesetz. Wir akzeptieren keine Behauptungen seitens irgend einer Sekte oder Schule — mag diese noch so berühmt sein — wenn sie den beobachteten Tatsachen widersprechen. Wir lassen keine anderen Regeln gelten als diejenigen der Erfahrungsme thode (Empirie).» Wegen dieses Manifests wurde die Publikation von «La Libre Pensée» durch Napoleon III. auch rasch verboten.

Blanqui war aber auch seiner sozial kritischen Einstellung wegen bei der Plutokratie (Geldherrschaft) höchst unbeliebt, denn er stellte die Intelligenz vor das Geld: «Die Errungenschaften der Industrie sind keineswegs das Werk des Kapitals, aber dasjenige der Intelligenz. Der Geist und das Denken haben allmählich die von der Industrie angewandten Ideen geschaffen. Nur den Erfindern gebührt die Ehre für diese Errungenschaften. Das Kapital ist die Drohne, die daraus den Nutzen zieht. Es lässt der Arbeit des Denkens und der Arme nur das übrig, was es nicht wegnehmen kann. Ausbeuter, Parasit und Erwürger waren die Rollen, die das Kapital im Laufe der Jahrhunderte gespielt hat. Und weil es sich alles aneignet, erklärt man es zum Schöpfer von allem.»

Blanqui anerkannte, «dass die demokratische Presse auch unter dem kapitalistischen Joch eine wirksame Rolle in der Opposition spielen kann, vorausgesetzt, dass diese Presse Schmiss hat und etwas weiter blickt als nur in den Bereich des Selbstinteresses.» Unsere Zeitungsbarone mögen sich diesen treffenden Ausspruch zu Herzen nehmen. Jedem klarenkenden Bürger dürfte doch bewusst sein, dass die heutige «Informations»-Presse nur noch ihre eigenen kommerziellen Interessen verteidigt. Die Inseraten abteilung bestimmt indirekt, was geschrieben werden darf, denn ohne die grossen Geschäftsanzeigen flössen keine Riesensummen in die Kasse; oh-

ne diese finanzielle Manna aber hätten die Herren Chefredaktoren unserer «freien» Presse keine fürstlichen Gehälter. Wer zahlt, befiehlt bekanntlich. Die Plutokraten könnten jederzeit durch einen Inseratenboykott einem ihnen nicht genehmen Blatt in die roten Zahlen und ins Reich der Vergangenheit verhelfen.

Blanqui, ein wahrhaftig revolutionärer Kämpfer, sprach folgenden prägnanten Satz aus, den sich die Berufspflastersteinwerfer und sogenannten Protestler merken sollten: «Die Revolutionen müssen zuerst im Bereich des Geistes stattfinden, bevor sie auf der Strasse durchgeführt werden.»

Blanqui, ein handgreiflicher, draufgän-

gerischer Rebell und Freidenker Frankreichs des 19. Jahrhunderts, mag uns heute als Kuriosum erscheinen. Gewiss, in der nüchternen, von jeglicher Romantik befreiten zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts würde ein Streiter seines Schlages sogleich neutralisiert und lächerlich gemacht werden. Was wir aber an Blanqui bewundern müssen, war seine unerschütterliche Ueberzeugung von der Sache des freien Denkens und der Gesellschafts reform, für die er keine persönlichen Opfer scheute, mögen diese auch noch so gross gewesen sein. In dieser Beziehung war und ist er ein grosses Vorbild.

Max P. Morf

Die Rolle des Feldpredigers

An der Theologischen Fakultät der Universität Bern wurde nach einer Vorlesung von Professor Ruh über die Rolle der Feldprediger diskutiert. Auch Vertreter der Armee nahmen an dieser Diskussion teil, an der recht bemerkenswerte Thesen zur Reform des Feldpredigerwesens vorgetragen wurden, über die der Theologiestudent Otto Nowka in der Zeitung «Die Tat» (Nr. 295 vom 16. 12. 72) ihnen zustimmend berichtet. Er wendet sich zunächst gegen die Behauptung der Armeevertreter, Armee und Kirche gehörten zusammen, weil unsere Kirche eine Volkskirche sei. Das treffe heute nicht mehr zu, die Kirche vertrete nur noch einen Teil des Volkes, viele Schweizer Bürger seien ihr höchstens durch Amtshandlungen und Bräuche, aber nicht mehr innerlich verbunden. Von seiten der Kirche müsse daher folgende Haltung gegenüber dem Feldpredigerdienst eingenommen werden: Die nicht mehr spezifisch kirchlichen Aufgaben des Feldpredigerdienstes sind von der Gesellschaft zu übernehmen. Kirchliche Aufgaben und Inhalte werden künftig Angebote sein müssen und nicht moralische oder gesellschaftliche Zwänge. Nur wer die Kirche aktiv annehmen will, soll als Christ gelten. Durch ihre verhältnismässige Unabhängigkeit von materiellen Erfolgen soll die Kirche die Möglichkeit bewahren, unpopuläre Meinungen (z. B. von Minderheiten) zu propagieren.

Betreffen diese Grundsätze die Haltung der Kirche im allgemeinen und weit über den Feldpredigerdienst hinausreichend, so wäre für diesen im be-

sonderen vorzusehen: Die Kirche darf der Armee nicht mehr untergeordnet werden. Basis des Feldpredigerdienstes muss die Auseinandersetzung mit der Armee in der Armee sein. Die Aufgabe der Kirche darf nicht eine missionarische, sondern nur eine informative sein. Oder: es müssen sinnvolle, der Feldpredigt analoge Veranstaltungen angeboten werden für Wehrmänner, die sich zwar in der gleichen Situation wie die Christen unter ihnen befinden, die Lösungen aber nicht von der Kirche erwarten. Als Vertreterin der Christen unter den Wehrmännern muss die Kirche nicht nur auf Truppenebene, sondern auch auf der Ebene des Stabs, der Militär- und Politikwissenschaft, vertreten sein, gegebenenfalls nicht durch Feldprediger, sondern durch Sozialethiker, Friedensforscher usw. Sämtliche bisherigen Funktionen des Feldpredigers, die nicht spezifisch christlich sind, müssen entsprechenden Fachleuten, Psychologen, Sozialarbeitern usw. anvertraut werden.

Das gilt vor allem für die Betreuung von Rekruten, in den Wiederholungskursen werden sich voraussichtlich keine besonderen Probleme stellen. In der Diskussion wurde in diesem Zusammenhang nicht nur eine Reform des Feldpredigerdienstes, sondern auch der Armee selbst gefordert, der Feldprediger dürfe nicht mehr als Kompensation für Strafen und Schikanen des Dienstbetriebs verwendet werden und nicht als ideologische Stütze der Armee. Zutreffend ist sicher die Feststellung, dass nach Ansicht der Kirche der Feldpredigerdienst zwar eine mis-

Der Pressefonds

ist stets für Gaben empfänglich.
Postcheck-Konto 80 - 48853
der Geschäftsstelle der FVS.
Besten Dank!